

**Positionierung des AK V der Fraktion DIE LINKE. zur Innen- und Asylpolitik:
Gegen eine Sündenbock-Politik der Ausgrenzung, für eine offene, pluralistische und solidarische
Einwanderungsgesellschaft**

Soziale Notlagen und ökonomische Krisen sind Strukturmerkmale des Kapitalismus. Menschen haben darauf immer auch mit Flucht oder Migration reagiert. Die Abschottung der Grenzen soll verhindern, dass Menschen im globalen Süden den für sie unerträglichen Lebensbedingungen entkommen können. Grenzkontrollen verhindern jedoch meist nicht, dass Menschen fliehen, sie machen nur die Flucht gefährlicher und verschlechtern die Bedingungen, unter denen Menschen nach der Flucht leben (Vorenthaltung sozialer und politischer Rechte, Arbeitsverbote, Lagerpflicht etc.).

Zehntausende haben bereits aufgrund der militarisierten Abschottung der europäischen Grenzen bei der Flucht ihr Leben verloren. Über diese tödliche Politik müssen wir sprechen, anstatt Arme mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft gegeneinander auszuspielen. Schutzsuchende brauchen legale und sichere Zugangswege in die EU. Die Bekämpfung von Fluchtursachen darf keine hohle Phrase bleiben, die der Legitimation der Grenzabschottung dient.

Die Bundesrepublik ist maßgebliche Verursacherin von Verhältnissen, die Menschen weltweit zur Flucht zwingen (Waffenexporte, ungerechte Handelspolitik, Beteiligung an Kriegen, Zerstörung der Umwelt). Unter solchen Bedingungen sind offene Grenzen für Menschen in Not nicht neoliberal, sondern das Mindeste, wofür sich Linke einsetzen sollten. „Not“ ist aus Sicht der LINKEN nicht auf politische Verfolgung und Krieg beschränkt, sondern beinhaltet ausdrücklich auch Armut, soziale Perspektivlosigkeit und ökologische Verwüstungen.

Deutschland ist aufgrund des Grundgesetzes und des Völkerrechts (Genfer Flüchtlingskonvention, Europäische Menschenrechtskonvention), als Lehre aus der deutschen Vergangenheit verpflichtet, Schutzsuchende aufzunehmen. Daher kann es keine Obergrenze oder kostenmäßige Relativierung dieses Rechts geben.

Zudem ist die Bundesrepublik eines der reichsten Länder der Welt. Zu behaupten, dass dieses Land finanziell mit der Aufnahme von [890.000 Menschen im Jahr 2015](#)¹ überfordert sei, ist schlicht lächerlich. Im Haushaltsjahr 2017 konnten Bund, Länder und Gemeinden Steuereinnahmen in Höhe [von rund 675 Mrd. Euro](#)² verbuchen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Zuwachs von rund 26 Mrd. Euro, für die nächsten Jahre rechnen Fachleute mit einem [weiteren Anstieg](#)³ der Steuereinnahmen. Diese Zahlen machen deutlich: Geld für eine erfolgreiche Integrationspolitik wäre durchaus da. Und bei diesen Summen ist noch gar nicht eingerechnet, welche Mehreinnahmen möglich wären: Durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftssteuer, durch eine Vermögenssteuer und den effektiven Kampf gegen Steuerhinterziehung durch Vermögende. Ganz zu schweigen von den Milliardensummen für die Bundeswehr und ihre Auslandseinsätze, die an anderer Stelle besser zu verwenden wären.

¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2016/09/asylsuchende-2015.html> (Stand aller folgenden Links: 11. April 2018)

² <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2018/01/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-6-Steuereinnahmen-des-Bundes-und-der-Laender-in-2017.html>

³ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/neue-schaetzung-bis-2020-55-milliarden-euro-mehr-steuereinnahmen-15004336.html>

Richtig ist: Durch die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten entstehen Kosten. Die Gesamtkosten der sog. Flüchtlingskrise [schätzt das Institut der deutschen Wirtschaft⁴](#) auf rund 18 Milliarden Euro für 2016 und rund 20 Milliarden Euro für 2017. Richtig ist aber auch: Die Anwesenheit von Flüchtlingen generiert Mehreinnahmen für den Staat, durch die die Kosten der Aufnahme mindestens in Teilen wieder ausgeglichen werden. So bezeichnen Expertinnen und Experten die Ausgaben für Flüchtlinge als kleines [Konjunkturprogramm⁵](#), das nach [Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung⁶](#) rund 50.000 bis 60.000 neue Arbeitsplätze geschaffen hat. Hinzu kommen ein höherer privater Konsum, der sich in steigenden Umsatzsteuereinnahmen niederschlägt sowie Steuern und Sozialabgaben, die von erwerbstätigen Geflüchteten gezahlt werden.

Der Reichtum ist äußerst ungleich verteilt. Während die [Zahl der Einkommensmillionäre⁷](#) stetig wächst, kommt Armut immer mehr in der Mitte der Gesellschaft an. Ursachen liegen in der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und im Ausbau des Niedriglohnssektors. Es handelt sich damit um Probleme, die maßgeblich durch die neoliberale Agenda-Politik der SPD-Grünen-Bundesregierung verursacht wurden. Hinzu kommen steigende Mieten, weil in den letzten Jahren kaum in den sozialen Wohnungsbau investiert wurde, städtisches Wohneigentum auf unverantwortliche Weise verschleudert wurde und Wohnungen sich besonders seit der Finanzkrise 2007/2008 zunehmend in begehrte Investitions- und Anlageobjekte verwandelt haben.

Statt einen Begrenzungsdiskurs über Geflüchtete zu führen müssen wir über die Demontage des Sozialstaats und die Krise öffentlicher Daseinsvorsorge sprechen. Eine über Jahre betriebene Sparpolitik hat dazu geführt, dass viele Bedürfnisse ganz unabhängig von den Migrationsbewegungen der letzten Jahre nicht mehr gedeckt werden konnten: bei Wohnungen, in Schulen, bei Kitas, im öffentlichen Dienst. Arme Menschen hätten heute keineswegs mehr Geld zur Verfügung, wenn keine Flüchtlinge gekommen wären. Hartz IV ist kein Produkt der „Flüchtlingskrise“, sondern Ausdruck eines Klassenkampfes von oben. Wenn so getan wird, als seien Flüchtlinge die Ursache sozialer Probleme, ist das schlicht rassistisch und lenkt von den wirklich Verantwortlichen für Armut ab.

Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft haben überproportional häufig schlecht bezahlte Jobs im Niedriglohnssektor. Während der Anteil der Niedriglöhnerinnen und Niedriglöhner unter allen Vollzeitbeschäftigten im Jahr 2016 nur rund 20 Prozent beträgt, müssen 60 Prozent der vollzeitbeschäftigten Flüchtlinge aus den acht wichtigsten Herkunftsländern [zu Niedriglöhnen schuften⁸](#). Zudem ist nur die Hälfte der Beschäftigten aus jener Ländergruppe sozialversicherungspflichtig in Vollzeit tätig. Mehr als ein Viertel sind Minijobberinnen und Minijobber.

Arbeitssuchende, die keinen deutsch klingenden Namen haben, müssen bei gleicher Qualifikation [bis zu 1,5 Mal so viele Bewerbungen⁹](#) einreichen, um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Sie sind häufiger arbeitslos und studieren seltener. Frauen, die ein Kopftuch tragen, müssen bei gleicher Qualifikation sogar [viermal so viele Bewerbungen¹⁰](#) schreiben wie Frauen ohne Kopftuch, um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden.

⁴ <https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-und-zahlen-101.html>

⁵ <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/beitrag/migrationseffekte-integration-schafft-wachstum-321603.html>

⁶ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/integration-neue-jobs-durch-fluechtlinge-1.3301613>

⁷ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-17-400-bundesbuenger-verdienen-mehr-als-eine-million-a-1154830.html>

⁸ <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1082882.fluechtlinge-meist-geringverdiener.html>

⁹ <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-04/rassismus-arbeitsmarkt-integration-fluechtlinge-foerderung>

¹⁰ <http://www.sueddeutsche.de/karriere/diskriminierung-bewerberinnen-mit-kopftuch-werden-bei-der-jobsuche-benachteiligt-1.3170492>

Dies zeigt: Eingewanderte Menschen tragen die Lasten eines rassistisch gespaltenen Arbeitsmarkts und sind in besonderer Weise von Ausbeutung betroffen. Neu eingewanderte Flüchtlinge benötigen daher hinreichend finanzierte Sprachkurse und Ausbildungsangebote, die Chancen auf einen guten Arbeitsplatz eröffnen. Darüber hinaus müssen alle Menschen, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, gleiche politische und soziale Rechte genießen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Einwanderinnen und Einwanderer nicht als „erpressbare Lohndrücker“ gegen deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter ausgespielt werden können.

DIE LINKE. tritt für den gemeinsamen Kampf von allen Menschen, ob Deutsche oder Nichtdeutsche, Eingewanderte oder Ankommende für soziale Gerechtigkeit ein – darin sehen wir ein Gegenmittel gegen alle Versuche einer rassistisch oder kulturalistisch (Islamfeindlichkeit) motivierten Spaltung der Gesellschaft, die von den wahren Ursachen sozialer Probleme ablenkt und nur den Interessen des Kapitals dient.

DIE LINKE. wird sich in den kommenden Jahren weiterhin für die Wiederherstellung eines nicht diskriminierenden, fairen und effektiven Asylrechts einsetzen. Es darf keine Vor-Sortierung von Schutzsuchenden in solche mit oder ohne angebliche Bleibeperspektive geben, alle Gesuche müssen individuell und unvoreingenommen geprüft werden. Die Einstufung von Herkunftsstaaten als angeblich sicher widerspricht dem Prinzip unvoreingenommener und am Einzelfall orientierter Asylprüfungen und muss daher verhindert werden.

Für einen Ausbau des Rechts auf Familiennachzug: Selbst engsten Familienangehörigen, auch Ehegatten, wird nach geltendem Recht der Nachzug zu hier lebenden Angehörigen versagt, etwa wenn ein bestimmtes Einkommen oder Sprachkenntnisse nicht nachgewiesen werden können. Der Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten soll nach dem Willen der Großen Koalition dauerhaft unterbunden werden. Die LINKE fordert eine volle Achtung des Rechts auf Familienleben – unabhängig von der Herkunft, vom Einkommen und von Deutschkenntnissen.

Keine Abschiebungen: Die neue Bundesregierung will Abschiebungen weiter forcieren, obwohl deren Zahl sich seit Jahren auf erschreckendem Rekordniveau befindet. Davon betroffen sind auch Menschen aus Ländern, in denen Krieg herrscht - wie Afghanistan. DIE LINKE lehnt Abschiebungen ab und fordert insbesondere einen sofortigen Abschiebestopp für Afghanistan. Auch die Pläne der Koalition zur Ausweitung der Abschiebungshaft müssen aus Sicht der LINKEN verhindert werden.

Anker-Zentren: Um angeblich bestehende Vollzugsdefizite bei Abschiebungen zu bekämpfen, will die Koalition Asylsuchende in wenigen isolierten Lagern festsetzen und im Falle einer Ablehnung nach möglichst kurzem Verfahren von dort aus wieder abschieben. Entmündigende und unzureichende Sachleistungen sollen für eine gezielte Schlechtbehandlung von Menschen sorgen, Arbeitsverbote und die Verweigerung eines Zugangs zu regulären Schulen für Kinder von Geflüchteten sorgen zusätzlich für eine systematische Des-Integration der Menschen. Fast die Hälfte aller Asylsuchenden sind Kinder und Jugendliche – sie in Lagern einzupferchen ist ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention. DIE LINKE wird gegen diese menschenrechtswidrige Abschreckungspolitik klar Position beziehen.

Offene Grenzen für Menschen in Not statt Vorverlagerung der Grenzabwehr: Im Zuge der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems droht eine weitere Aushöhlung des Rechts auf Asyl. Durch die Einführung von Zulässigkeitsverfahren an den EU-Außengrenzen und den Abschluss von Migrationsabkommen mit Transitstaaten nach dem Vorbild des EU-Türkei-Deals soll die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz weiter aus der EU ausgelagert werden. DIE LINKE widerspricht diesen völkerrechtswidrigen Vorhaben. Stattdessen müssen endlich legale Fluchtwege geschaffen werden. Auch die geplante Verschärfung des faktisch gescheiterten Dublin-Systems lehnt DIE LINKE ab. Asylsuchende sollen sich ihr Aufnahmeland in der EU entsprechend familiärer oder

sprachlicher Bindungen aussuchen können. Länder, die mehr Flüchtlinge aufnehmen, sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten.

DIE LINKE. muss allen Versuchen, Wählerinnen und Wähler der AfD durch die unkritische Übernahme von deren falschen, einfachen und ausgrenzenden Argumentationsansätzen zurückzuholen, energisch und klar widersprechen. Sie muss weiterhin für eine solidarische und humane Flüchtlingspolitik eintreten - für den Schutz von Geflüchteten und für die Stärkung der sozialen und demokratischen Rechte aller hier lebenden Menschen.